

Ersteinstufige
 ...
Rechnungsprotokoll
 ...
Die neue Welt
 ...
 Leipzig Nr. 1047.
 Leipziger-Str. 10.
 Verlagsanstalt Halle.

Volksblatt

Inseratengebühr
 ...
Inserate
 ...
 ...

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 Expedition: Harz 42/43. und die Mansfelder Kreise. Redaktion: Harz 42/43.

Von Schmach und von Empörung.

Zur Kampfsituation.

Die Proklamation des schaffenden Volkes durch die „Wahlreformvorlage“ der preussischen Regierunq bringt den Wahlrechtskampf zum Sturmsturm. Die Arbeiterklasse hat den Kampf aufgenommen und zu leiten.

Einmütig ist die Empörung in unserer Presse, gewaltig waren die (wenigen) geistigen Versammlungen besucht. Kampfeslust wehte in den Reihen der Arbeiter. Aberall schien die Ueberzeugung zu herrschen, daß das bloße Reden überholt, daß nun die demonstrative Wuchtung des Kampfes beginnen müßte. Zweifellos muß die Sozialdemokratie alle bisherigen Kampfmittel je nach der Situation und dem Orte beibehalten — aber sie muß sie in den ausschlaggebenden großen Stadien mit geschulter Proletarierklasse ausbeuten und verschärfen. Die Straßendemonstrationen müssen als Werbe- und Demonstrationsmittel viel umfassender und allgemeiner angewendet werden! Und wenn die Wahlrechtsfrage dann bis zum Entscheidungspunkt getrieben ist — dann wird — denn! — die Arbeiterklasse nicht zögern, auch mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Macht die Forderung des gleichen Wahlrechts zu unterstützen und unwiderstehlich zu machen. Der Wille dazu muß dahinter stehen, sonst heißt alles leerer Schall und Klatsch. Da aber der Wille der Massen bestimmt wird von ihren politischen Lebensinteressen, so ist die Bereitschaft der Arbeiterklasse, mit ihrer ganzen sozialen Macht und Wucht für das gleiche Recht einzutreten, eine historisch gegebene Notwendigkeit. Deshalb wird sie auch mit stetiger, unerschütterlicher Geduld und Opferwilligkeit die Kampfmittel zur schärfsten Wirkung treiben.

Die Frage: was nun tun?, die wir in den letzten Tagen so eindringlich erhoben, fand in der Parteipresse bisher kein Echo. Können wir das als Ausfluß des schönen Grundgesetzes halten: Nicht reden — handeln, so wären wir zerstreut. Jetzt scheint es sich aber zu regen. Die Volkstimme in Magdeburg greift den Ruf auf und schreibt:

Was gebent die Sozialdemokratie zu tun, um diese infame Leistung abzuwehren? Auch unsere Parteigenossen werden dieselbe Frage stellen und sie verschieden beantworten. Wir sind der Meinung, daß die Empörung der Entrechteten noch höher auslösen muß als bisher, daß keiner mehr träge, gleichgültig und latentlos besteuert stehen darf. Deshalb glauben wir, daß der Parteivorstand und die preussische Leitung der Sozialdemokratie den Augenblick nicht ungenutzt vorübergehen lassen darf, sondern die Arbeiterklasse aufzurufen muß, ihren Wünschen und Forderungen und ihrem Protest gegen die schamlose Verhöhnung eventuell durch einen Massenstreik Nachdruck zu geben. Wir zweifeln nicht, daß dieser Aufruf zu einem allerdings opfervollen, aber auch ehrenhaften Kampfe weithin Widerhall finden dürfte. Jetzt kann es sich nicht mehr darum handeln, über die Zweckmäßigkeit des Massenstreiks an sich zu debattieren, sondern lediglich um die Frage, ob die Arbeiterklasse gewillt ist, sich die völlige Rechtslosmachung ta telos gefallen zu lassen und sich auch fernestündig lediglich mit Versammlungen begnügen zu wollen. Weder jetzt einmal die Arbeiterklasse reden, welchen Willen sie hat.

Was! Es scheint uns aber, daß die Arbeiterklasse durch ihre Versammlungen und Demonstrationen genügend deutlich geredet und gesagt hätte, welchen Willen sie hat. Wir glauben, weite Kreise der Genossen warten nur auf das Stichwort ihrer Zentralinstanzen!

Der Vorwärts schreibt:
 Am Donnerstag soll bereits im Abgeordnetenhaus die Beratung über die Wahlrechtsvorlage beginnen. Wie sich dort auch die übergründigen Parteien zu der Stotgeburt stellen mögen: das ist klar, daß das entrechtete Volk sich einzig und allein auf seine eigene Kraft und Regsamkeit verlassen darf!

Nicht im Dreiklassenhaufe selbst darf die eigentliche Entscheidung über die Wahlreform fallen!
 Das Volk selbst muß im Wahlrechtskampf auf dem Platze erscheinen! Die Massen müssen sich regen, und

gestärkt werden, damit die preussische Bureaucratie und das Junker- und Offiziersparlament sich nicht dem Wahne hingeben, daß die Volkswelt sich wie eine Sammelherde zur Schlachtbank führen lassen!

Der Wahlrechtskampf, den das Proletariat seit Jahren mit soviel Energie geführt, ist jetzt in das entscheidende Stadium eingetreten!

Nicht über nie gilt es, das Wort der verhöhten und brüskierten Massen in die Waschale zu werfen!

Und! Wir haben das schon vielmals hervorgehoben, wir sind überzeugt, daß die Arbeiterklasse die Lösungen aufgreifen wird.

Aus Breslau kommt eine erfreuliche Nachricht. Der Telegraph meldet:

Wahlrechtsdemonstrationen. Die hiesigen Sozialdemokraten veranstalteten gestern nachmittags große Wahlrechtsdemonstrationen, und zwar in Form eines Massenparades. Es kam mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei. Man hörte Rufe auf das gleiche Wahlrecht. Mehrere Personen wurden von Polizisten durch Säbelschläge verletzt; zwölf Störungen wurden vorgenommen.

Die Breslauer Genossen haben alle die Parole in die Tat umgesetzt: Nicht reden — handeln! Daß der Volkswelt wieder hauste, ist empörend, wird aber in Preußen zur „Gewohnheit“. Wann werden endlich die Straßendemonstrationen so maßvoll werden, daß sich die Säbelschläge vermeiden lassen?

Aus Braunschweig werden ebenfalls wieder Massendemonstrationen gemeldet. Viele Tausende spazierten durch die Straßen. Ein starkes Polizeiaufgebot beobachtete den endlosen Zug, verhielt sich aber ruhig. Die Polizei schien endlich gelernt zu haben. Wann wird das in anderen Städten geschehen?

Die Arbeiterklasse empfindet, daß die Stunde ernst ist und große Anforderungen an Opfermut, Entschlossenheit und Begeisterung stellen wird. Die Arbeiter wissen, daß sie ihre Kampfesmaßnahmen der Situation entsprechend treffen, aber dann, wenn etwas beschlossene oder aus dem Augenblick heraus geboren ist, das prächtige Wort Lafettes gilt:

Ohne Leidenschaft wird in der Geschichte kein Stein vom andern gerollt! Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen angestrebt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet.
 Lassalle. An die Arbeiter Berlins.

Fort mit Bethmann Hollweg!

Aus Berlin wird uns geschrieben:
 Der Ministerpräsident und Reichskanzler von Bethmann Hollweg ist dem preussischen und dem ganzen deutschen Volke für seine Tat verantwortlich. Wenn heute die Entrüstung über die Schmach der preussischen Wahlrechtsvorlage von einem Ende des Reichs bis zum andern aufschäumt, wenn sich aller Unmut und Woll entzündet, den das schändliche preussische Geiztun in den Herzen der entrechteten Massen bergehoch aufgeschauelt hat, dann darf über der Sache nicht die Person verweisen werden, die verantwortlich ist. Aber wer der Welt und vor der Geschichte allein die ganze Schuld zu tragen hat. Diese Person muß aus dem öffentlichen Leben so bald wie möglich verschwinden.

Das deutsche Volk und der deutsche Reichstag dürfen den Unterzeichner der preussischen Wahlrechtsvorlage nicht länger an der Spitze dulden, auf dem er jetzt steht. Die Vereitigung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg muß das allerhöchste Ziel sein für jede Partei, die es mit der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts ernst meint.

Der preussische Wahlrechtskampf, der mit besonderer Intensität und unter umfassender Anwendung der schärfsten Mittel auf preussischem Boden zu führen sein wird, wird sich daher auf Preußen nicht beschränken dürfen. Es gibt innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs keinen Ort, der von ihm verschont bleiben kann. Es darf keine Ruhe im Reich geben, solange ein Bedienter des Herrn v. Albenburg deutscher Reichskanzler ist!

Man kennt jetzt das wahre Gesicht dieses Herrn, der über zwei Leiden in sein Amt geteilt ist. Ist sich Graf Poldadowsky weigerte, nach Herrn v. Camps Weisheit die Sozialpolitik der Ebersfelder Fardwerke zu treiben, stürzte er. Herr v. Camp

wurde freier, und Herr v. Bethmann Hollweg an Stelle des Grafen Poldadowsky Staatssekretär wurde. Als zwei Jahre später Fürst Bismarck nicht ganz nach der Weise der Gendeband und Oldenburg tangte, fiel auch er, und an seiner Stelle erdient — sein Freund, Ministerkollege und gefällige Untergebene, Herr v. Bethmann Hollweg als Reichskanzler für alle.

Wie Herr v. Bethmann Hollweg an Stelle des Grafen Poldadowsky Staatssekretär wurde, so wurde er an Stelle des Herrn Bismarck Reichskanzler geworden die Reform.

Herr v. Bethmann Hollweg läßt seine Schreiber die Unwahrheit reden, wenn er seine Vorlage als eine Frucht der Wahlrechtskommission vom Oktober 1908 bezeichnen läßt. Herr von Bethmann Hollweg weiß ganz genau, daß es Pläne ganz anderer Art waren, auf die die Thronrede von 1908 anspielte. Pläne, weit davon entfernt, die gerechten Forderungen des Volkes zu erfüllen, aber doch von seinen jenseitigen Wünschen Himmelsweit unterzusehen. Wäre damals beachtet worden, eine Vorlage einzubringen wie die gegenwärtige, dann wäre die Behauptung angemessen, daß nichtwählbare Minister die Krone zu einem Betrag am Volke misbraucht hätten. Das ist aber, wie gesagt, gar nicht der Fall gewesen. Das, woran man jetzt die Thronrede dachte, war lahm und unzureichend, in keiner Weise befriedigend — aber es war keine Sammlung ausgeführt, in dem der jetzt vorliegende Entwurf.

Die Behauptung, daß dieser Entwurf den Wünschen der Thronrede entspräche, beruht auf einer Fälschung der geschichtlichen Tatsachen. Und auch hier diese Fälschung trägt der Reichskanzler Bethmann Hollweg die Verantwortung.
 Die Vorlage des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Bethmann Hollweg hat durch ihren Inhalt und namentlich durch ihre Begründung den Jubel aller Teile des Reichstagswahlrechts erweckt. Die Kronezeitung heißt es, indem sie schreibt:

Was in der Begründung über die geheime Wahl gesagt wird, ist eine geradezu vernichtende Kritik am Reichstagswahlrecht.

Der Reichstag und die Reichstagswähler, das ganze deutsche Volk wird darauf mit einer vernichtenden Kritik am Reichskanzler antworten.

Wollen wir um einen Schritt weiter kommen, so muß erst dieser Mann fort! Will das deutsche Volk wissen, daß es angeht, hat ein Reichstagswort zu sein, das sich von jedem beliebigen ernannten Beamten (kurzerlegte) und verhöhten läßt, dann muß es mit dem ernannten Beamten Bethmann Hollweg fertig werden.

Es geht im Grunde genommen gar nicht um die Person, sondern um das Prinzip.
 Der Mensch Bethmann ist gleichgültig. Aber er verkörpert heute alles in sich, was wir bekämpfen. Und darum muß es heißen:

**Nieder mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht!
 Fort mit Bethmann Hollweg!**

„Wer treu gedient hat keine Zeit!“

Die ungeschwämmteste Unerschämtheit, die die drei Unterzeichner des preussischen Wahlrechts, Bethmann, Bessler und Nolde, dem Volk ins Gesicht geblasen haben, bleiben doch die §§ 8, 9 und 10 der Vorlage, die von den sogenannten geborenen Wählern handeln. In diesen drei Paragraphen wird eine dämliche Mangorhebung jener Genannten aufgestellt, denen es erlaubt sein soll, in die nächsthöhere Klasse aufzusteigen. Einige Duzend verschiedener Kategorien vom Provinzialausschussmitglied bis zum Amtsdirektor, Polizeibeamter und Jubilationsgenossenschaftler werden aufgeführt und mit verschiedenen Vergünstigungen bedacht.

In der Hauptklasse wird, um es kurz auszudrücken, zwischen Offizierswählern und Unteroffizierswählern unterschieden. Die ersten rücken auf alle Fälle aus der Klasse, in der sie sich befinden, in die nächsthöhere, die zweiten jedoch nur dann, wenn sie der dritten Klasse angehören. Sind die Wähler von „Unteroffiziersrang“ schon ohnehin nach ihrer Steuerleistung der zweiten Klasse zugewiesen, so haben sie auch da Halt zu machen, damit die Herrschaften der ersten (Offiziers-) Klasse unter sich bleiben.

Zur Offiziersklasse der geborenen Wähler gehören außer den Offizieren 3. D. und a. D., die eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich haben, auch die abdiszierten Postoffiziere, die vor mindestens zehn Jahren ihre Prüfung machten, ferner die Inhaber von höheren Ehrenämtern der Selbstverwaltung und schließliche Wähler, die

dem deutschen Reichstag oder dem preussischen Landtag als Mitglieder angehören oder wenigstens zehn Jahre angehört haben.
 Diese Bestimmung ist weiter nichts als ein frecher Witz, den sich die preussische Junkerregierung mit den Mitgliedern des deutschen Reichstags geleistet hat. Wir erwarten, daß der Reichstag, dessen Mitglieder auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts gewählt sind, die geeignete Antwort finden wird, und

legen diese alterne und unerschämte Annahme auf das Entschiedenste Protest zu erheben.

Es ist eine Verhöhnung der Mitglieder des Reichstags, wenn man sie in eine Klasse beamteter Einnahmen und die zu löshen haben, wie die Regierung will.

Denn darin liegt ja der Schwerpunkt der Verschönerungsfrage, daß sie neue Schichten von Privilegierten schafft, die scheinbar bevorzugen, in Wirklichkeit aber völlig entrecht sind, weil sie kein freies Wahlrecht haben, sondern nur Kommando abstimmen müssen.

Die Mitglieder des Reichstags aber, denen man eine schimpfliche Ehre erwirkt, sie in die Klasse der „Geborenen“ aufzunehmen, werden sich für diese Verhöhnung beim Reichsanwalt und Ministerpräsidenten in geeigneter Weise zu „Lebanten“ haben!

Ein Schutzgesetz für Steuerdefraudanten.

Der die „Wahlrechts“-Vorlage bestimmende Ausschuss über die Steuer- oder Abgabenschuldverhältnisse eines Wählers zu anderen als Wahlzwecken öffentlich verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

Das heißt: Wer die Steuerdefraudanten der Junter aufdeckt, hat dafür bis 1000 Mark Strafe zu bezahlen. Also eine regelrechte Delibrid!

Der Erlaß dieser Strafverfügung findet in den Mitteilungen keine Rechtfertigung, die während der letzten Jahre in zunehmendem Maße durch öffentliche Bekanntgabe und durch Verleihen der Steuer- oder Einkommensverhältnisse deutlich erkennbar bezeichneten Wähler in der Tagespresse getrieben worden sind.

Die amtliche Erläuterung der Nordd. Allgem. Zeitung, die der Vorlage vorausgeschickt wurde, stellt u. a. auch diese lächerliche Behauptung auf:

Im preussischen Staat beherrscht der Grundbesitz der Oeffentlichkeit auch sonst alle wichtigeren Vorgänge des staatlichen Lebens.

Man aber wird die Zure geüßelten und der Schutzmann vor sie hingestellt, damit die Wähler dritter Klasse nicht sehen sollen, wie die Herren in der ersten den Staat betrügen.

Terrorisieren darf nur die Junkerregierung!

Die Abstimmung der Wähler soll bekanntlich auch in Zukunft öffentlich durch Protokoll erfolgen. Die Oeffentlichkeit des Wahlscheit selbst wird aber in keiner Weise gefördert und soll jedenfalls erst durch ein neues von der Regierung zu erlässendes Wahl-

reglement geregelt werden. Eine gesetzliche Garantie dafür, daß man erfahren kann, wie jeder einzelne Wähler gestimmt hat, ist nicht gegeben, und der konterrevolutive Reichsbote dürfte vielleicht unvorsichtig die Gedanken der Regierung, wenn er vor schlägt, die Wahl müsste in einem Zimmer geschehen, in welchem der Wähler mit der Wahlkommission allein ist und alle parteilichen Kontrollen und die Befehle der Wähler ausgeschlossen sind.

Preßstimmen zur „Wahlreform“.

Vormärz:

Nichts anderes als eine reaktionäre Verhöhnung und Beschändelung des ohnehin so beispiellos erwiderten Dreiklassenwahlrechts stellt die neue Wahlrechtsvorlage dar.

Die große Klasse der Wohlhabenden und Privilegierten erachtet, tritt in der Vorlage so unerhört hervor, daß man annehmen könnte, die Wähler dieses Wahlrechtskreises hätten es direkt auf eine Proklamation des Volkes abgesehen, um nach Bismarcks Rezept die Emanzipationsbewegung des Proletariats im Wege zu erschlagen!

Die Niederträchtigkeiten treten bei näherer Betrachtung der Vorlage nur noch trasser hervor. Es handelt sich nicht um eine Reform zu gunsten der Entrechteten, d. h. der Klasse der Besitzlosen, sondern um eine Vertiefung der tiefen Kluft, die die besitzende Klasse, die Klasse der Privilegierten, von der arbeitenden Klasse, der Klasse der Besitzlosen, trennt!

Die Wahlrechtsvorlage will auch die letzte besitzende Klasse der Dreiklassenwahlrecht mit brutaler Faust niederreißen! Sie will den Besitz und die durch den Besitz ermöglichte „Bildung“ (natürlich nur die amtlich abgefeimte, nicht die im Volke weit verbreitete, durch Eigenstudium erworbene) völlig loslösen von der Klasse der Hungerlöhner! Sie will dem Volk u. a. unter allen Umständen ein Wahlprivileg sichern, dafür aber das Volk mit den schweißigen Händen nicht rechts loslassen, die in der Klasse der Deloten der dritten Klasse, festhalten.

So ist die vorgeschlagene Wahlreform eine Reform für den Besitz, eine Reform gegen die elendste Arbeit!

Es ist eine schier unbegreifliche Dreistigkeit, wie die preussische Regierung es wagen kann, den Volkswaffen die Klassenkampftheorie beizubringen mit Pflöschchen in die Augen zu blasen! Oder kann es einmal Verleumdendes und Unheilbringendes geben, als daß alle Besitzenden und „Gebildeten“ in die privilegierten Klassen verlegt werden und bereitwillig die dritte Klasse der Besitzlosen ausschließlich die Männer der Arbeit in Stadt und Land rekrutiert werden soll?

Die drei Viertel des Volkes, die als kleine Bauern, Knechte, ländliche Tagelöhner, Handwerker und Industriearbeiter im Schwelge ihres Angehies alle Werte schaffen, alle Reichtümer produzieren, den Aufwand der ganzen Gesellschaft einzig und allein sichern, sollen dafür mit der politischen Rechtslosigkeit, mit der Verweisung in die dritte Klasse bestraft werden, während alle Ausbeuter und Bureaucraten durch die Wahlrechtsvorlage in den privilegierten Klassen den Staat betreiben und die Klasse des entrechteten und hungernden Proletariats anspornen, den Staat zu ruinieren!

Um aber das Volk der Proklamation dollzumachen, sollen die Militärämter, die chemischen Unteroffiziere, in der zweiten Klasse wählen! Nicht genug damit, daß sich der Arbeiter, Handwerker und Bauer in der Kategorie von den „Stellvertretern Gottes“ maträtieren lassen muß, auch als Bürger im Zivilrecht soll der Angehörige der arbeitenden Klasse noch „Gemeiner“ und rechtlos sein, während der Herr Unteroffizier in der zweiten Klasse social Stimmentrecht ausüben kann, wie ein halbes Duzend Arbeiter, Handwerker oder Kleinbauern zusammengekommen!

Alles in allem: ein infameres, empörenderes Wahlsrecht, als es die Regierungsvorlage vorschlägt, kann auch von dem besäthigten Schreiber nicht ausgehüllt werden!

Frankfurter Zeitung (lib.-demokr.): Ein Wahlrecht, das in seiner Weise eine Reform genannt werden kann, das geradezu eine Verhöhnung der Wähler scharf wirken muß, und das noch dazu die Oeubdigung eines Elabors einer Regierungsvereinschaft, die sich in einem verhängnisvollen Zustande befindet, wenn sie meint, die Geburt des Reiches sei zu spät gekommen, ist ein Gefälligkeitsmacherei für Junker und Junkerengenossen, denen die übrige Bevölkerung nach wie vor politisch dienbar sein soll.

Wenn die Regierung es schon wagte, mit erster Miene dieses Gericht dem Volke aufzufinden, so hätte sie wenigstens den Mut haben sollen, zu sagen: wir wollen keine ehrliche Reform, dazu sind wir zu reaktionär. Aber ihr Versuch, in der offiziellen Verbindung und Ausförmung ihres Reiches ein gar es zu hingulpen, als sei das in einem modernen Staat erlaubt und ein außerordentliches Fortschritt, läßt die Begrifflichkeit der preussischen Wählerklasse doch beliebig gering ein. Die Abnugung, welche die preussische Regierung hier gegen eine gründliche Umgestaltung des Wahlrechts zeigt, und ihre direkte Feindseligkeit gegen die geheime Abstimmung zeigt klar, wie wenig es sich auch das Reichstagswahlrecht ist, wenn nicht die Kräfte mit vereinten Kräften alle reaktionären Versuche abwehrt. Alle, die freiheitliches Empfinden haben, müssen in dem Kampfe um die Wahlrechtsfrage zusammenstehen. Eine Regierung, die es unternimmt, eine solche, alles Volksgeliebte verheerende Vorlage zu beschließen, die muß mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit bestritten werden, daß die Wahlschicht das mit Entschiedenheit zurecht. Der eigentliche Kampf hebt jetzt an. In ihm steht es, alle Volksgenossen auf die Schenken zu rufen, um dem Volke sein Recht zu erkämpfen.

Berliner Tageblatt (frei.-demokr.):

Die erste und zweite Klasse werden nach mehr als bisher die dritte Klasse markieren. Die überwiegende Masse des Mittelstandes, Handwerker, Gewerbetreibende und Kleinrentner so gut wie die Bauern, selbstverständlich auch die Masse der Arbeiter und Tagelöhner, wird, wie sie bisher in der dritten Abteilung wählte, auch nach der „Reform“ hiebig in der dritten Abteilung bleiben. Akademische Bildung und Beamtenstand dagegen sollen mit ihren politischen Interessen an die Interessen des Volkes geteilt werden und ihm vorzubereiten helfen, den ausstehenden vierden Stand zu übernehmen. Darum ist die Trennung der Beamtenstandes Vorlage unzulässig im höchsten Maße. Sie verkehrt den Einfluß der Bureaucratie jeder Art, sie ist die Oberacht noch höher, und sie drückt alles, was von unten herauf will, nicht durch Protektion, sondern durch eigene Kraft und Tüchtigkeit, zur Einflüßlosigkeit und Hoffnungslosigkeit herab. Die Klust zwischen Regierenden und Regierten, die im Staate Preußen schon so gefährlich weit klafft, soll noch erweitert werden!

Der ganze preussische Staat soll militärisch organisiert werden. In die erste Klasse gehören die Offiziere, in die zweite die früheren Offiziere, Freiwilligen und die Unteroffiziere, während die „Gemeinen“ jeder Art in der dritten Klasse zu wählen haben. Damit also nicht auch die Unteroffiziere gemeinsame Sache mit den Wählern der dritten Klasse machen können, wird die ästhetische Wahl aufrecht erhalten. Die Wähler müssen, wie es in der Vorlage der Regierung bezeichnenderweise heißt, ihre Stimme „zu Protokoll geben“. Die Abstimmung rückt damit zu einer amtlichen Handlung auf. Dem Wähler, soweit er nur im geringsten von der Bureaucratie abhängig ist oder sonst in irgendeiner Abhängigkeitsverhältnisse steht, werden die „Staatsgeheimnisse“ und das „politische Verbands“, zwangsweise eingetrifft. Ganz besonders müssen die abhängigen Unterbeamten ein schwärzen, als ob sie noch in der Front ständen. Das bedeutet die Militarisierung des bürgerlichen Lebens in der preussischen Monarchie.

Über eine solche Vorlage ist im Ernst nicht zu verhandeln.

Berliner Volkszeitung (frei.-demokr.):

Die breite Masse des Volkes, die weder das einjährige Zeugnis erlangt, noch einer Hochschulausbildung teilhaftig wird, noch in die gebildeten Regionen des Reichereinstimmungs eintritt, muß in ein öffentliches Ehrenamt, gewöhnlich als dritte Klasse hinein in die Masse des Volkes wird unerschütterlich in die dritte Klasse hinein

Ein Verrückter.

(Nachdr. verb.)

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Huederer.

Die Züre ging auf und mit zwei leeren Biergläsern trat die Magd vom Hofhaus in die Stube.

Der Bekrümte bemerkte das Mädchen: „Mari! Mari! Du bist hier? Er ist bei mir!“

„Dann bist er in der Stube hin?“ „Wagst ihm wieder mit mir zum Tanzen geh?“ fragte er.

„Sie tat beiläufig: „Du bist mer jeh der Rechte!“

„Deswegen gehst mer zu dem Tanzen, gehst Mari!“

Der Kreitmayer, der mit den gefüllten Gläsern, an Stelle seiner Frau, zurückkam, hörte diese Worte, und schien sehr entsetzt:

„Schämst Du net, Zoni, jetzt in der Gastzeit vom Tanzen reden?“

„Der mer bei Dir am End net dabo redt? Ha? Unser oans möcht a Freud hab'n, und die andern Leit von derrer Welt, die alle nig arbeiten.“

Dem Lehrer wurde es zuviel, er gabste und folgte der Magd ins Freie.

Stumpfsinnig grünte ihm der Hofknecht nach:

„Des is a so Schult, so a Tagelöhner, der Lehrer da?“ fragte er zum Wirt. „Er hat keinen er, der nig hat, der is ja Arbeit kennt. So ganz hat er inlogan müßt, wie unforsams!“

„Wagst Du Di gar so plagen?“ fragte der Wirt.

„? Des möcht quai, Kreitmayer! I schind mi 'n ganzen Tag und do Hörer gassen qua und freuden de Prasen in d' Tassen. De Hörer jan a alle Schulten, alle mitanand!“

„Zoni, halt De Maul!“ rief der Wirt.

„Alle jan's Schulten, der gasser sag i des! Und de Lehrer jan net besser. Ja, a Schmolldner zeh red'n in da Schul um im Behen.“

„I moralischen rausgeh'n, des können's, aber dertseil jan' alle Spitzbub'n, d'fonders der, der da ganz unangasiga is.“

Der Wirt hörte auf:

„Was moant denn damit?“ fragte er freundlich.

Der Hofknecht lachte beifällig:

„Ja, geh? Jetzt möcht's wissen? Hal hal! O, i sag' ent, hal i red'n wollt!“

„So jo red halt, i wörrer Kreitmayer und Hofste ihm zuant auf die Schulten.“

Die Junge des Bekrümten wurde immer schwächer. „Ja, i red net...“ „Dert net...“ „Nig anigen,“ aber... „Ja, des oane wollt i des! Im Hofhaus danderweit lustig quaeben soll, wenn der Alte net daboam is!“

„So, jo, ja, was is denn da los? Geh, bezäh! mer's Zoni! Wahrscheinlich betrifft's de Fraulein Anna?“

Zoni macht unabhängig laden:

„Ja, ja, ja, es betrifft de... de sogenannte Fraulein An-na!“

Der Wirt ließ den Betrunknen in Ruhe. Er hatte genug erfahren und mußte es so schnell wie möglich seiner Frau sagen, denn diese Krugzeit warde ihm ganz unangenehm.

An der Seite fand er die Wirtin und sog sie allig in eine Ecke. Sie schloß die Hände zusammen und wollte ihm mit den Augen förmlich durchdrehen.

„Hil! Hil! Stad kein, abwanen und zu loan! Menschen vorerst was verlauten lassen!“ jagte er und legte den Finger an den Mund, nachdem er sich vorsichtig umgesehen hatte.

Welche Winde zogen durch des Tal. Die frischgepflügten Felder waren vom ersten, schärfsten Grün überzogen und in den bildgelblichen Zweigen der Bäume und Hecken, wo zwischen die Ästel fangen, fraß es noch aufkeimenden Leben. Auf den hohen mauer Wasserfälle entströmen und seine Staubblumen löten sich in der Mittagssonne von den Felsen. Wie ins Dorf donnerte der angeführte Sturz des Gaisbades von der dampfenden Schlucht heraus. Dort, in dem feuchten Schilbe hatte sich der Winter noch schulpfalten versucht aber auch hier fingen die gigantischen grünlichgelben Gießflüsse der mächtigen Wälder schon zu bersten an und gerschlugen mit furchtbarem Getöse an den nackten Felsen der Tiefe.

Das Fest der Auferstehung feierten Natur und Kirche. Lieber die simpel gemalte Köhde, die den Bekrümten des Erlebens zwischen funkelnden Festtagslichter und dem feinsten Vorhang strahlend und am Hochaltar prange auf dem Tabernakel der Gestalt mit seinen Blutmalen und hielt eine Nabe in der Rechten.

Christus in erhabenen, hallelujah, sang der Chor unter schmelzenden Psalmengesängen, und der Priester segnete, von Weizenkraut und weicher Gemeinde. „Gott mit uns!“ „Gott mit uns!“ folgten, und hochgehobenen Hauptes folgte der Herr der Wallberg mit seiner Frau in die Kirche. Kathi lag ganz überleckt aus. Die tiefe Tracht verdeckte die abgerundeten Formen ihres Körpers, der bei aller Dürchheit etwas ungemein Geleintes und Bewegliches hatte, nicht zu erkennen, und es war auffallend, wie sie sich durch das Wädhchen von den anderen Vorhänden abhob, die alle wieder auszuweisen, wie die tiefen Gelübde, die sie in den Händen trugen.

Während zeigte sich Götter im wolkten Staate.

Walber sollte sich zum Grinnernden ärgern und endlich erkennen, daß der Herr der Wallberg nicht mehr einer so ja, in fremder Hand, sondern in der Hand des Herrn, der die hochwürdigen Götter, das Götter unerschütterlich langweilig vorant, gab ihm Gelegenheit genug, die Anbände zu beobachten. Wie sie sich verhielten konnte. Vor lauter Frömmigkeit hatte sie nicht einmal Götters Gruß erwidert, als sie in die Kirche trat. Kathi lange immer, wie sie sich durch das Wädhchen von den anderen Vorhänden abhob, die alle wieder auszuweisen, wie die tiefen Gelübde, die sie in den Händen trugen.

Während zeigte sich Götter im wolkten Staate.

Walber sollte sich zum Grinnernden ärgern und endlich erkennen, daß der Herr der Wallberg nicht mehr einer so ja, in fremder Hand, sondern in der Hand des Herrn, der die hochwürdigen Götter, das Götter unerschütterlich langweilig vorant, gab ihm Gelegenheit genug, die Anbände zu beobachten. Wie sie sich verhielten konnte. Vor lauter Frömmigkeit hatte sie nicht einmal Götters Gruß erwidert, als sie in die Kirche trat. Kathi lange immer, wie sie sich durch das Wädhchen von den anderen Vorhänden abhob, die alle wieder auszuweisen, wie die tiefen Gelübde, die sie in den Händen trugen.

Während zeigte sich Götter im wolkten Staate.

Walber sollte sich zum Grinnernden ärgern und endlich erkennen, daß der Herr der Wallberg nicht mehr einer so ja, in fremder Hand, sondern in der Hand des Herrn, der die hochwürdigen Götter, das Götter unerschütterlich langweilig vorant, gab ihm Gelegenheit genug, die Anbände zu beobachten. Wie sie sich verhielten konnte. Vor lauter Frömmigkeit hatte sie nicht einmal Götters Gruß erwidert, als sie in die Kirche trat. Kathi lange immer, wie sie sich durch das Wädhchen von den anderen Vorhänden abhob, die alle wieder auszuweisen, wie die tiefen Gelübde, die sie in den Händen trugen.

Während zeigte sich Götter im wolkten Staate.

Menschen so gar nicht beistimmen konnte. Darum freuten ihn die unglücklichen Worte, die von der Angel fingen, nicht wenig, und er stimmte beim Verlassen der Kirche sehr eifrig dem guten Kreitmayer zu, der über die Gottlosigkeit Walbers bezogen sein die Hände rang.

Der gestohle Mann war in seinem Walde gewesen. Dort schwamm alles in zitterndem Frühlingslicht unter dem Meißer der Rannen und Nischen, dort sprudelten neubelebte Wassquellen, deren trillantes Wasser in den Sonnenstrahlen glänzte und von Marikindern, deren zierliche Köpfe herüber in die feierliche Stille des festlichlichen Morgens.

Der Herr hatte ein Bierbecken mit seinem Freunde gefeiert. Je mehr sich der Frühling einstellte und ein Wädhchen nach dem andern unter dem warmen Regen herauskroch, um so schneller wünschte Walber für seine Kinder die Erlösung herbei; denn der Lehrer merkte, wie sein Kind seit immer trübsaliger und erregter geworden. „Du schrie er laut auf, wenn er mit Walter zusammenlag. Beim Einflutender der schwebigen Ostermeise hatte er in der Singlande seine Bioline zu Boden geschmettert und war aus dem Zimmer gestürzt. Fragte man ihn, was ihm selbe, so gab er keine Antwort und litzte gefühllos den Boden an. Der Herr merkte, wie seine Tochter darunter litt und das Gedächtnis war ihm, daß er sich beschleunigen zu sehen mußte, ohne helfen zu können.

Da — endlich — an einem stillen Maiabend, als er vom Walde heimkehrte, war das längst Erwartete ganz unvermuthet geschehen. Der Herr hörte helles Jubel in seinem Zimmer und fand sein Kind in den Armen des Lehrers, den sie immer trübsaliger und erregter geworden. „Du schrie er laut auf, wenn er mit Walter zusammenlag. Beim Einflutender der schwebigen Ostermeise hatte er in der Singlande seine Bioline zu Boden geschmettert und war aus dem Zimmer gestürzt. Fragte man ihn, was ihm selbe, so gab er keine Antwort und litzte gefühllos den Boden an. Der Herr merkte, wie seine Tochter darunter litt und das Gedächtnis war ihm, daß er sich beschleunigen zu sehen mußte, ohne helfen zu können.

Da — endlich — an einem stillen Maiabend, als er vom Walde heimkehrte, war das längst Erwartete ganz unvermuthet geschehen. Der Herr hörte helles Jubel in seinem Zimmer und fand sein Kind in den Armen des Lehrers, den sie immer trübsaliger und erregter geworden. „Du schrie er laut auf, wenn er mit Walter zusammenlag. Beim Einflutender der schwebigen Ostermeise hatte er in der Singlande seine Bioline zu Boden geschmettert und war aus dem Zimmer gestürzt. Fragte man ihn, was ihm selbe, so gab er keine Antwort und litzte gefühllos den Boden an. Der Herr merkte, wie seine Tochter darunter litt und das Gedächtnis war ihm, daß er sich beschleunigen zu sehen mußte, ohne helfen zu können.

„Was hat denn nur der Frau?“ fragte er Anna, als sie ihm eines Nachmittags im Garten des Hofhauses begegnete. „Er merkte, daß sie zum Ausgehen bereit war und ihr Wes betrug hin?“

„In d' Kirche, Vater, zur Beicht.“

„Ja, ja...“ „Nun, i kann a andersmal mit Dir drüber reden, aber der Zustand von ihm is auch bedenklich...“

„Sie schäme sich ja immer so fortgehen.“

„Ich hab' ja recht lang beobacht!“ fuhr der Herr fort, und ihm in großer Eile weg zu gehen, wie er sich nicht aufhalten lassen konnte. „Gott! Gott!“

„Hil, Vater.“

„Hil, Vater.“

„Hil, Vater.“

„Hil, Vater.“

„Hil, Vater.“

nepperisch, die abharrt von der zweiten und ersten Klasse um so
sicherer auf ewige Zeiten majestätisch werden wird.
Das ist der Sinn, das ist das Ergebnis aller der ausgeleg-
ten „Reinheits“- die lediglich ein Familieninteresse für die
zweite Klasse haben. Diese liegt man ein bißchen, damit sie
auf die erste Klasse nicht gar zu leicht hinaufsteigen könnten. Nach-
dem man der zweiten Klasse möglichst erlaubt hat, ein bißchen
von der fetten Sahne zu schöpfen, giebt man die übrig bleibende
Magermilch in die Trage des geschnittenen „Proletariats“, das,
entredet durch das aufrechterhaltene Lebensgewicht der beiden
oberen Klassen, nach wie vor als das politische Solon-
tum Frankreichs aus der Mitwirkung über die Geschichte des
Staates ausgegliedert bleibt.

Östl. Volks-Zeitung (Zentrum):

Auch die direkte Wahl ist der bisherigen indirekten vorzu-
ziehen, aber alle diese relativen Vorzüge können nicht zur Ges-
taltung kommen gegenüber dem Verhältnis an der öffent-
lichen Wahl. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen
Stimmabgabe allein schon macht für uns die ganze Wahl-
rechtsvorlage unannehmbar.
Das Zentrum wird unabweislich als erste Forderung das ge-
heime Wahlrecht verlangen. Was die amtliche Begründung
für die Beibehaltung der öffentlichen Wahl hinsichtlich,
sind Behauptungen ältester Art und so schwache Argumente, daß
man fast vermuten könnte, die Regierung habe die geheime
Wahl nicht in die Vorlage gebracht, nur deshalb, um in ihr ein
Sonderobjekt für die weiteren Beratungen und Verhand-
lungen mit den Parteien zu haben. (?)

Deutsche Tageszeitung (unparteiisch-protestantisch):

Zur Befriedigung gerichtet es uns einmütig, daß die
Wahlrechtsvorlage und die öffentliche
Stimmabgabe beibehalten worden ist. Etwas anderes
haben wir nicht erachtet und war auch nicht zu erwarten.
Sätte die Regierung diese beiden Grundlagen des Wahlrechts
befestigt oder grundrätlich geändert, so würde sie die
schwerste, die entscheidende, die unzugewandte
Gegner schaft der rechtslebenden Parteien gefunden haben.
(Zukunft! Ned. Volkst.) Wie würde diese Gegnerschaft
zu ahnen, wenn sie etwa unter dem Namen „Gesetz“ sein
sollte, in diesen Punkten liberalen Wünschen entgegenzukommen
oder Rechnung zu tragen.

Was wir an dem alten Wahlrecht hatten und haben, das
wollten wir. Es war nicht plutokratisch (Freiheit
verleiht nicht! Ned. Volkst.), sondern legte die Ent-
scheidung im wesentlichen in die Hände des Mittelstandes. Es
entsprach im allgemeinen der Struktur der Bevölkerung, ins-
besondere der ländlichen. Es hatte sich eingebürgert und aus-
gezeichnet bewährt. (Wranol Ned. Volkst.) Es bildete
einen wenn auch nicht völlig abnehmenden, so doch in der Haupt-
sache stützenden Damm gegen die sozialdemokratische Leber-
krantheit. Wird sich das neue vorgeschlagene Wahlrecht ebenso
bewähren? Wir können nur einen besten Willen unsere Zweifel
nicht unterdrücken. In einem Punkte sind unsere Zweifel be-
sonders klar: die eine Wirkung dürfte das neue Wahlrecht
sicher haben, nämlich eine bemerkbare und bedenkliche Schwä-
chung des Damms gegen die rote Flut. Deswegen ist ernst-
sorgfame, peinliche Prüfung die Pflicht aller, die die Wahrung
der letzten Ehrenrechte beherzigen wollen, ist ein gutes Pflicht-
bewußtsein und starke Staatsgesinnung zu bekunden. (Es
lebe das Zentrumregiment! Ned. Volkst.)

Politische Übersicht.

Walle a. S., 7. Februar 1910.

Aus dem Reichstage.

Die Sonnabend Sitzung des Reichstages dauerte noch nicht eine
Stunde. Nach einer Vereinbarung unter den Parteien wurde
das Handelsabkommen mit Amerika beschloßen und zwar in
allen drei Lesungen angenommen. Wie die Sachen liegen, war
dies der Lösung, wonach Deutschland Amerika das Weis-
begünstigungsrecht und Amerika Deutschland den Minimal-
tarif gewährt, die einzig mögliche. Die langwierigen Ver-
handlungen, die zwischen diesen beiden Ländern des Hochzugs-
gangs geführt worden sind, sind ein sprechender Beweis dafür,
wie schwierig unter dem System des angebotenen „Säures der
nationalen Arbeit“ die Regelung internationaler Handelsver-
hältnisse geworden ist. In seiner Einbringung wurde unter-
lich Herr Delbrück nicht die für deutsche — sagen wir einmal
Staatsmänner — obligatorisch vorgeschriebene Verabredung vor
den Kammern. Ihnen zu Rede hat man jedes Zugeständnis
auf dem Gebiete der Vieheinfuhr verweigert. Trotzdem stimmte
die Rechte gegen den Handelsvertrag, der jedoch, da sich fast das
ganze Zentrum auf die Seite der Linken schlug, mit großer
Mehrheit angenommen wurde.

Justizfrage im Dreiklassenparlament.

Das Dreiklassenhaus begann am Sonnabend die Ver-
sicherung des Justizgesetzes. Von konservativer Seite wurde
der Fall der Majorsfrau von Schönebeck in allen Punkten zur
Sprache gebracht, die bekanntlich unter dem dringenden Ver-
dacht der Anstiftung zum Mord am 10. November 1907 in Haft genommen,
später aber wegen Geisteskrankheit wieder entlassen worden
war und sich jetzt nach glücklicher Wiederherstellung in Ver-
lin aufhält. Justizminister Wesseler hat, wie er sich selbst
ausdrückte, über „dieses merkwürdige Ereignis“ einen ein-
gehenden Bericht eingefordert und teilte mit, daß die Ver-
urteilung gegen Frau von Schönebeck nunmehr, nachdem
die wissenschaftliche Deputation des Medizinischen in Ver-
lin eine strafrechtliche Geisteskrankheit bei der Tat ver-

neint hat, geschlossen worden ist, so daß das Verfahren vor
dem zuständigen Gericht seinen Gang nehmen wird. Im
übrigen wurde der Kieler Verfallprozess kurz gestreift und das
Verhalten der Staatsanwaltschaft in diesem Prozess scharf
verurteilt. Der nationalliberale Abgeordnete Voß hat
das berechtigte Verlangen, die Urteile hier in vollständiger
leicht verständlicher Weise abzufassen. Reaktionen Wünsche
hätten die Angehörigen beider Schattierungen vor. Der
konservative Abgeordnete Kocher wollte die Freiheits-
strafen noch strenger gehalten, und der freikonservative Biers-
eck sah in der besonderen Gerichtsbarkeit für Jugendliche ein
Mittel, in der Jugend das Verwahrlosung zu vermeiden, sie kün-
nen machen, was sie wollen. Von freisinniger Seite hatte man an
der preußischen Justiz gar nichts anzufassen. So begnügte
sich Herr Cassel von der Volkspartei mit der Erörterung
einiger untergeordneter Beamten- und Verwaltungsfragen
und Herr Veltjohann von der Vereinigung, seines Zeit-
gen Landgerichtsdirektors, glaubte seine Berufsvorgänger gegen
den Vorwurf der Missbilligung und gegen einige auf dem
höchsten Kriminaltage erhobene Beschuldigungen in Schutz
nehmen zu müssen. Am Montag kommt als erster Redner
Genosse Dr. Viebeckrecht zu Wort. Ueber die Wahlrechts-
vorlage wird am Donnerstag verhandelt werden.

Deutsches Reich.

— Die Subjekt-Kommission des Reichstages beriet nochmals
über die Zuschüsse von 20 Millionen Mark. Das Resultat
war, daß von den angeforderten 24½ Millionen Mark die Mehr-
förderung von 1½ Millionen gestrichen wurde.

— Meistbegünstigung der Vereinigten Staaten. Nachdem der
Reichstag das Handelsabkommen mit Amerika angenommen
hat, soll am Montag im Reichstagesrat eine Beschlussempfehlung
erfolgen, wonach auf die Ergebnisse der Vereinigten Staaten
von Amerika vom 8. B. ab die in den geltenden Handels-
verträgen angeordneten Zollsätze anzuwenden sind. Die Er-
gebnisse der Vereinigten Staaten werden demnach wie die
Ergebnisse der meistbegünstigten Länder behandelt werden.

— Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschloßen,
im Reichstage eine Resolution einzubringen, in der eine Ge-
setzesvorlage gefordert wird, durch die für Elch-Bohrungen
das Selbstverwaltungsrecht, die Gleichstellung mit den übrigen
Bundesstaaten und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte
Wahlrecht verlangt wird.

Die Fraktion beschloß sich alsbald mit der Gesetzesvor-
lage betr. den Abzug von Kaffee und bestimmte als Redner für
die erste Lesung im Plenum die Genossen Hue und Emmel.

— Liberale Reichstagskandidatur. Die liberalen Organi-
sationen des Reichstagswahlkreises Jena-Neustadt
Wankenheim, haben den Oberlehrer Dr. Vershoren
Jena als gemeinsamen Kandidaten für die nächste Reichstags-
wahl aufgestellt. Man erwartet von den Nationalliberalen,
daß sie die Kandidatur unterstützen werden, nachdem sie mit
dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Gutsbecker Paul Ley-
mann so glänzendiasco gemacht haben.

England.

Die neuen Arbeitsämter.

Am 1. Februar wurden die ersten 80 Arbeitsämter in
auf Grund des schon von uns geschilderten Gesetzes eröffnet.
Insgesamt sind etwa 250 solcher „Arbeitsbüros“ vorgesehen,
die sämtlich besondere Bureaus- und Engagementsräume ent-
halten; auch sollen alle durch besondere Telefonleitungen ver-
bunden werden. Dem internationalen Rahmen wird ganz be-
sondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Radikalisierer haben
deshalb sogar die Vermutung, daß die mittellose Arbeits-
suchenden das Hauptziel nach außerhalb vorzuziehen. In allen
Orten, wo kein öffentliches Radwieser besteht, wird die Ver-
bindung mit dem nächsten Bureau durch die Postanstalten auf-
recht erhalten. Es ist sicherlich zu erwarten, daß der groß-
zügige Plan des Ausbaues des öffentlichen Radwiesers, für
den die englische Regierung, natürlich nur durch den Druck
und Einfluß der Arbeiterpartei auch reichliche Mittel bereitgestellt
hat, wesentlich dazu beitragen wird, neben einer immerhin
bedeutendlichen Linderung der Arbeitslosigkeit, insbesondere
eine genauere Überlicht und dadurch das Eindringen des Arbeits-
marktes zu ermöglichen. Diese Arbeitsbüros werden daher
auch wohl nicht mit Unrecht als die Vorläufer der staat-
lichen Arbeitsämter in Unterpung angesehen.

Rußland.

Reinigung im Kaukasien.

Petersburg, 5. Februar. Gestern nachmittag fanden
eine große Menge Revisionen und Hausdurchsuchungen bei zahl-
reichen Beamten der Artillerieverwaltung und einigen Groß-
industriellen statt. Diese förderten namentlich bezüglich der
Beamten der Verwaltung unangehörige und belastende Ma-
terialgute. Enorme Mißbräuche wurden aufgedeckt, über
40 Verhaftungen wurden vorgenommen; in der nächsten Zeit
sollen weitere Hausdurchsuchungen vorgenommen werden.

Türkei.

Die politische Lage.

Die Kriegsgefahr, von der in den letzten Tagen noch ernst-
lich die Rede war, scheint nunmehr ergebnislos beseitigt zu sein.
Griechenland hat beruhigende Versicherungen abgegeben, und
auch die bulgarische Regierung hat versichert lassen, daß sie
im Ernst gar nicht an einen Krieg gedacht habe. — Die un-
schuldvollen Engel — Wahrscheinlich wird Kreta wieder durch
die „Schutzmächt“ besetzt werden — eine Maßnahme, die,
wie verlautet, die Willigung der türkischen Regierung finden
würde. Die Dierentien, im Voraus erzielten die Meldung,
daß am Montag ein großes englisches Geschwader eintrifft

wird. Ebenso werden in nächster Woche vier Kriegsschiffe an-
derer Nationalität anlangen. — Das offiziöse Organale d'As-
tia stellt mit Genugtuung fest, daß infolge der energischen Vor-
stellungen der vier Schutzmächt in Kreta und der fortgesetzten
Galtung der griechischen Regierung die Gefahr eines Bruches
zwischen der Türkei und Griechenland beseitigt sei. In
90 m habe man die Ungelegenheit überhaupt nicht aufgetaucht.

Das Eingreifen der Mächte.

Paris, 6. Februar. Die Verhandlungen der Krethaschus-
mächt haben zu einer völligen Einigung geführt, die in einer
gemeinsamen Note an das freireichliche Exekutivkomitee zum Aus-
druck kommt.
Paris, 6. Februar. Infolge der kräftigen Forderung der
Schutzmächt, daß die griechische Nationalversammlung von
seinem freireichlichen Abgeordneten besetzt werden darf und
daß die Kapitulation bei der Zustimmung der Zustimmung
unbedingt nach den internationalen Bestimmungen
erfolgen müsse, beschloß die provisorische Regierung, zu
zutreten.

Kanada.

Erklärung der Einwanderung.

Der kanadische Minister des Innern hat seinen dem Parla-
mente ein Gesetz vorgelegt, das die Einwanderung von Aus-
ländern, die infolge ihres Temperaments oder Konstitution als
für das Klima und die Beschäftigungskanada ungeeignet er-
scheinen, oder von Massen-Einwanderern, die durch ihre Zahl
eine Gefahr für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes
sein könnten, direkt verbietet. Das Gesetz richtet sich haupt-
sächlich gegen Chinesen, doch enthält es auch sonst ver-
schärfte Maßregeln gegen die Einwanderung aus Europa. Die In-
nahme der Vorlage ist, wenn nicht gar noch in stärkerer
Form, so gut wie sicher.

Indien.

Die Anhebung der Preise.

Kalkutta, 5. Februar. Das Preisgesetz, das der Sekretär
des Innern heute im Legislativrat einbrachte, und das
von diesem einer Kommission überwiesen worden ist, legt den
Preis der von den Verkäufern der Zeitungen zu lesenden An-
zeigen zwischen 500 und 5000 Rupien fest. Es ermächtigt die
Postbehörde, verbotliche Druckarbeiten anzuhalten, und die lo-
kalen Behörden, Beschlagnahmen verbotlicher Zeitungen,
Bücher und Dokumente vorzunehmen. Als Preisobergrenze
in diesem Sinne werden genannt: der Verlust zur Antizipation
von Werbeposten, von anaristischen Verbrechen, von Unterneh-
mungen, die darauf abzielen, die Loyalität der Armee und der
Flotte zu untergraben und Feindschaft zwischen den ver-
schiedenen Klassen und Religionsbekenntnissen herbeizuführen.

Dieses gegen die Emanzipationsbewegung der Eingeborenen
gerichtete Anhebungs-gesetz macht dem „freien England“ alle
Freiheiten nicht als notwendig gerade so viel, wie alle solchen
Ausnahmegesetze, nämlich nichts.

Aus der Partei.

Die Lagerische „Gleichberechtigung“.

Unser Genosse Gajewitz Schmalzer in Kaiserslautern wurde
vor einiger Zeit zum dritten Adjunkten gewählt. Wie gemeint
wird, hat die Regierung die Befähigung bestritten.

Allerlei.

Paris nach der Ueberflutung.

Paris, 6. Februar. In der Dammsee von Paris ist die
Wasser noch immer wenig beschränkt. In einem Vorort von
Paris erlöste ein Haus ein Feuer, wobei eine Frau ver-
letzt wurde. In Neuilly hat sich nunmehr das Wasser fast
ganz zurückgezogen.

110000 Arbeiter ohne Beschäftigung.

Paris, 7. Februar. Reiti Parilien behauptet, daß sich
die Zahl der durch die letzte Hochwasserflut betroffene Beschäftigungs-
losen Arbeiter auf 110000 beläuft. Von diesen befinden
sich 25000 in der Hauptstadt und 85000 in den Vororten und
verschieden Departements.

Eisenbahnunfall in Amerika.

Newport, 6. Februar. In Jacksonville (Florida) stieß ein
Eisenbahnzug mit einem Personenzug zusammen. Die Verluste
an Menschenleben sind groß. Mehrere Eisenbahnen fehlen noch.
Zur Typhus-Epidemie auf Malta.

Malta, 6. Februar. Zu der hier ausgebrochenen Typhus-
epidemie wird noch gemeldet, daß gestern 67 Neuerkrankungen
amtlich festgestellt worden sind.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Hohenlohe Hafer-Flocken

geben delikate Suppen,
Frühkost für Alt u. Jung,
bewährte Kindernahrung.

In gelben Paketen mit dem Bilde der Schmittlerin.

Geschäftshaus

J. Lewin,

Marktplatz 2 und 3. Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Nur noch wenige Tage

des grossen diesjährigen

Räumungs-Ausverkaufes.

Beilage zum Volksblatt.

Das Monstrum.

Die neue Wahlrechtsvorlage ist dem preussischen Abgeordnetenhaus am Sonnabend vormittag zugegangen. Es besteht sich, das sie eine stammbildende Entzweiung der dritten Klasse des Volkes bedeutet. Das Gesetz besteht aus vier Artikeln. Der erste Artikel bestimmt die Aufhebung der Artikel 70, 71, 72 und 74. Artikel 1 der Verfassung. Der zweite Artikel enthält die Uebertragung der Artikel 70, 71, 72 und 74. Artikel 1 der Verfassung. Der dritte Artikel besagt, daß der Artikel 116 der Verfassung außer Kraft gesetzt wird, und der vierte Artikel endlich enthält die Uebertragung der Bestimmungen, wonach bei einzelnen Neubewahlen, die vor der nächsten, nach Antritt der neuen Gesetzgebung stattfindenden allgemeinen Wahl erforderlich werden, die bisherigen Vorschriften zur Anwendung kommen.

Nach § 8 kann Abgeordneter werden: jeder Preuze, der das dreizehnte Lebensjahr vollendet hat und mindestens ein Jahr (bisher drei) preussischer Staatsangehöriger ist.

Nach § 9 wird bestimmt, daß jede Gemeinde (Wahlbezirk) in der Regel einen Stimmbezirk für sich bilden soll. Gemeinden mit weniger als 750 Einwohnern werden von dem Landrat mit benachbarten Gemeinden zu einem Bezirk vereinigt. Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern werden in Stimmbezirke geteilt.

Das Aufzählen in die nächst höheren Klassen erfolgt auf Grund der §§ 8 bis 10, die folgenden Wortlaut haben:

§ 8: Aus der nach §§ 6, 7 gebildeten Abteilung, der sie nach ihrer Steuerleistung zugehören, der nächst höheren Abteilung zugewiesen, werden Wähler der zweiten und dritten Abteilung, die entwerfen:

1. vor wenigstens zehn Jahren vor einer akademischen deutschen Hochschule oder einer landwirtschaftlichen oder technischen Hochschule in Preußen eine Prüfung bestanden haben, zu deren Ablegung ein wenigstens dreijähriges Studium auf einer Universität oder einer sonstigen deutschen höheren akademischen Lehranstalt erforderlich ist, oder
2. dem deutschen Reichsland oder dem preussischen Landtag als Mitglieder angehört oder wenigstens zehn Jahre angehört haben, oder
3. gewählte Mitglieder eines preussischen Provinzialrates, Provinzialausschusses, Landesauschusses, Bezirksausschusses, Kreis- oder Stadtausschusses, oder ungewählte Mitglieder des Magistrats oder ungewählte Beigeordnete eines Stadtrates sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind oder
4. dem deutschen Heere oder der Kaiserlichen Marine als aktive Offiziere wenigstens zehn Jahre angehört haben und entweder zur Disposition gestellt oder zu den Offizieren der Reserve oder zum Landwehrstand überführt sind oder den Abschied bewilligt erhalten haben.

Durch die Wahlordnung (§ 8) wird bestimmt, welche deutschen Anhaltler als höhere akademische Lehranstalten im Sinne des Absatz 1 Nr. 1 zu gelten haben.

§ 9: Der nach §§ 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung werden die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die im unbesetzten Ehrenamt:

1. Vorher, Beigeordnete oder sonstige Mitglieder des Magistrats eines kreisangehörigen Stadt oder des Gemeindeverbandes einer landlichen Gemeinde oder Vorortvorsteher sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind,
2. Bürgermeister einer rheinischen Landbürgermeister, Amtmann eines weltlichen Amtes, Amtsvorsteher oder Stellvertreter (Beigeordnete) dieser Ehrenbeamten sind oder wenigstens 10 Jahre gewesen sind.

§ 10: Der nach §§ 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung werden ferner die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die mit einem Einkommen von mehr als 1800 Mk. zur Staatsrentensteuer veranlagt sind und entweder:

1. seit wenigstens 16 Jahren sich im Besitze der wissenschaftlichen Befähigung zum Hochschul-Prüfungswahlrecht befinden, oder
2. seit wenigstens fünf Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im öffentlichen oder Grund wenigstens zwölfjährigen militärischen oder diesem gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Forstdienste besitzen.

Die Drittelung.

Die Angaben der Nordh. Allg. Ntz. über den Inhalt der neuen Wahlrechtsvorlage haben allgemein den Eindruck hervorgezogen, als ob gleichzeitig mit der Wahl des Wahlmanns im Wahlbezirk auch die Bildung der Klassen nach Wahlbezirk befristet werden sollte. Aus der inangewiesenen ersten Vorlage geht jedoch hervor, daß dies nicht der Fall ist. Nach wie vor soll nicht nach ganzen Wahlkreisen sondern nach Wahlbezirken abgeteilt werden.

Der Wähler des ganzen Systems wird dadurch noch komplizierter. Es bleibt die Aufgabe bestehen, daß man in demselben Wahlkreis mit demselben Einkommen der ersten, zweiten oder dritten Klasse angehören kann, je nachdem ob man in dieser oder jener Klasse in diesem oder jenem Hause wohnt, daß in demselben Wahlkreis ein gewisses Einkommen, in dem einen Wahlbezirk für die erste Klasse ausreicht, ein viel größeres Einkommen in dem anderen Wahlbezirk aber noch nicht für die zweite genügt.

§ 8. hat Dr. Müller ein Einkommen von 6000 Mk. Dr. Meyer hat genau das selbe Einkommen. Dr. Müller wohnt in der Markgrafenstr. Dr. Meyer wohnt in der Königsstr. in der dritten Wählerklasse. Dr. Meyer gehört nach seiner Steuerleistung in die dritte Wählerklasse. Dr. Müller in die zweite. Sie bezahlen zwar beide genau gleichviel Steuern, aber sie gehören verschiedenen Wahlbezirken an, daher ist ihre Stellung verschieden.

Da sie aber Doktoren sind, rüden sie jeder um eins heraus. (Stoll hat Dr. Meyer vor 104 Jahren seinen Doktor gemacht hat, Dr. Müller aber erst vor 94 Jahren, dann bleibt Dr. Müller einwilliger sitzen. Er steht in der dritten Klasse, Meyer steigt in die erste auf. Müd muß man haben!)

Kun hat dieser alberne Anfang der Wahlrechtsreform

da und dort auch wieder für die Arbeiter einen gewissen praktischen Vorteil. Die Unwahlfreiheit macht, wie wir schon neulich ausführten, es mitunter Arbeitern möglich, in die zweite und in die erste Klasse zu kommen, wogegen sie natürlich gar keine Aussicht haben, wenn in größeren Bezirken „gedrittelt“ wird. Je größer der Bezirk ist, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß sich in seinem Umkreis doch ein paar Proben finden, die sich in die erste und zweite Klasse drängen und dadurch die Arbeiter in die dritte zurückdrängen.

Derum hat der weiße Beigegeber, der die Wahlrechtsvorlage ausgearbeitet hat, die Unwahlfreiheit auch bedeutend vergrößert. Wähler dürfen die Unwahlfreiheit höchstens 1700 „Groschen“ umfassen, für die neuen Stimmbezirke ist diese Höchstzahl auf 3000 „Einkommen“ hinaufgeführt.

Man erreicht so den Zweck der Entzweiung ohne an dem alten Unfug rütteln zu müssen. Nun scheint man sich merklich weniger in manchen Kreisen der freisinnigen Partei für die Wahlrechtsreform zu begeistern, die die Logik der Brutalität für sich hat und den kleinen Steuerzahlern alle Wege nach den höheren Wählerklassen verberbt. Die Entzweiung der Wahlrechtsreform an Stelle der Unwahlfreiheitsreform wäre ein ganz merkwürdiges Ziel freisinniger Energie. Bisherlich kommt es auch noch dazu, und schließlich wäre es egal! Denn auf einzelne Unberechtigtheiten kann es bei der großen Freiheit nicht mehr ankommen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 7. Februar 1910.

Wider Säbelherrschaft und Ausnahmerecht!

Das war ein Verarmungs-Versuch geteilt! Wohl selten hat das eigene Geld der Soldaten Freierlichkeit eine solche Kampf-begeisterung, stürmterregte Menge in diesen Hallen gesehen, als am gefrigen Sonntag. Unter den Zuhörern, die da den weiten Saal füllten, gab es nur eine Empörung, nur einen Widerhall der Schmach, die dem im blutigen Schwert um seine wirtschaftliche und politische Freiheit ringenden Volk angetan worden ist. Wohl manchen Außenstehenden über das „Strohfeuer der Verarmungs-Begeisterung“ hielten, wohl manchen verübte Saiten des Volkes über den „Wahlrechts- und Provinzial-Raub“ gütigen Hohn auszusprechen, das Fleischnetz solcher gewaltigen Momente, wie sie die gefrige Verarmung hat, können sie nicht tilgen. Das hat sich tief in Gefühl und Bewusstsein eingegraben, das muß die lange ausgebreitete Saal zur Reize bringen.

Mit bewundernswürdiger Ausdauer folgten die Teilnehmer den heiden Rednern, die aus dem Vollen der gegenwärtigen aus höchster erregten politischen Situation schöpfen konnten. Spontaner Beifallssturm unterbrach die markanten Sätze und Jörn und Verachtung waren auf jedem Angesicht zu lesen, ob der furchtbaren Verhöhnung des Volkes, die in den letzten Tagen geschahen. Nicht umsonst hat die harte, politische Not der Gegenwart, der letzten Vergangenheit die Protestierer beunruhigt. Dies Denken geht seine Bahn, dies Trachten führt zur Empörung gegen den Wahnsinn, der von oben her den Klassenkampf lähmt.

Schon eine Stunde vor Verarmungsbeginn begann eine gewaltige Menschenmenge vor dem Volkstempel zu sitzen. Früh noch allerdings war die Polizei auf den Beinen. Mit dem Revolver unter dem Mantel marschierten die finster dreinblickenden Ordnungsbücher den verächtlichen Polizeibehörden zu, um dann die „Demonstranten“ zu erwarten. Vergeblich freilich, wie wir es den Herren in anebenerer Ehrlichkeit schon Tage vorher versetzt hatten. Im Volkstempel selbst waren wieder 20 bis 30 Mann verarmelt; weshalb die überflüssige Polizeimacht nicht aus den Räumen verwiesen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis, im Saal selbst wurden nur die vorgezeichneten zwei Beamten gebildet. Mit spöttischem Lächeln belustigten die Verarmungs-befehler an den um ihren Sonntag getriebenen Beamten vorüber. Welt über 2000 Teilnehmer füllten beim Verarmungsbeginn den Saal, die geräumigen Galerien, die Bänke nach so fort nach ein Wachen kam. Viele mußten wieder umfassen, weil sie keinen Einlass mehr fanden.

Von Beifall begrüßt, betrat unser Reichsstaatsminister Genosse Fritz Haack die Rednertribüne, um zu dem Thema Säbelherrschaft und Volksrecht das Wort zu ergreifen. Er führte aus: Säbelherrschaft und Volksrecht war auch das Kennzeichen des Wahlmanns im Herbst des vorigen Jahres. Wir haben damals gesagt, daß wir mit der Säbelherrschaft des Junkertums nicht einverstanden sind. Am letzten Sonnabend des Januar nun trat im Reichstage ein Ereignis ein, das weithin größte Erregung hervorgerufen hat. Der Kriegsminister fühlte sich veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß der Soldat nicht der Verfassung, sondern nur dem Kriegsherrn den Treue gelistet habe. Hiernach ist Herr Graf Fürstentum von Oldenburg-Janschau eine Neuherkunft, die bittartig die ganze Situation im Reich erhellte. Es war das Wort vom Leutnant mit den zehn Soldaten, der auf Befehl die Reichstagsbühne auszumachen hätte. Bei dieser Gelegenheit wurde man lebhaft an den berühmten Hauptmann von Rippen erinnert, der den preussischen Militärismus bis auf die Knochen klammert hat. Der Janschauer hat aber mehr getan, er hat unbewußt die ganze herrschende Klasse in Deutschland hinmirt, weil er nicht zugleich die Intelligenz des Schutzes Voigt besitzt. Freilich kann die von Oldenburg bezeichnete Person den Reichstag zumachen, aber was folgt daraus? Wir leben doch im 20. Jahrhundert! Schlimm war es, daß der Reichstag selbst die Unberechtigtkeit widerlos hinmaß, daß der Präsident des Reichstages die Verschimpfung der Volkvertretung ruhig passieren ließ. Später verlor der Reichstag abermals. Der Schwandlof stimmte sich gefolgt gegen den sozialdemokratischen Antrag, der die Würde des Hauses emporkommen sollte. Die Antwort auf diesen Vorschlag haben am letzten Tage die Vertreter des Reiches Eisenach-Dernbach, sie sorgten dafür, daß die Vorburg rot wurde (Zurückgekehrt). Was erklärt sich nun die Junkerfreiheit des Janschauer's! Aus dem Willen des Junkertums, dem Geiste des Militarismus heraus. Dieser Militarismus ist dem Volkrecht feindlich bis aufs Blut. Erinnern wir uns der Mär von geribben Knoten. Das Junkertum wünscht ein Schwert, um den geribben Knoten des Wahlrechts, der Volkrecht überhaupt durchzubauen. Denken wir an Maschfeld! Nicht dem Geiste der Herrschenden ist es zuzuschreiben, daß es dort nicht zum Blutergießen kam. Man will Blut fließen lassen, wenn das Volk an seinen Ketten rüttelt. Nicht umsonst ist das Wort gefallen, daß auf Vater und Mutter geschossen wer-

den müsse. Das ist der Ausfluß der Stimmung, die in den sogenannten höheren Kreisen herrscht. Die Janschauer ist die Blut der Bestehenden und Herrschenden gegen die Förderung der Sozialdemokratie nach einer Volksliste. Nach der oben skizzierten Meinung ist das zu verstehen. Was gilt den Herrschenden die Erparnis gegenüber den Kosten der stehenden Arme? Das Volk bezahlt es ja. Man will das Meer als Wahl-mittel in der Hand eines Einzelnen lassen. Ein einzelner Mann, auch nur ein Mensch, trifft die Entscheidung über Krieg und Frieden. Ein ungeheurerer Zustand! Ist es in vergangenen Zeiten nicht schon oft vorgekommen, daß ein geistig nicht normaler Mensch an der Spitze eines Staates stand? Die Romandogewalt sollte nur der aussuchen, der der Schwärze und Tüchtigkeit der Arme ist. Wie verlangen auch kriegerische Beilegung der Konflikte. Damit verbunden ist die Frage der Konstitution. Wie notwendig sie ist, beweist die internationale Spannung, die Fortschritt mit England. Sie muß gefördert werden, wenn das Volk, der kleine Mann, nicht geradezu gestreift werden soll vom Militarismus. (Zurück rücht!)

Die Janschauer-Rede entwirrt auch dem elenden, vorkommenden Feudalismus, den wir in Preußen-Deutschland immer noch haben, sie entwirrt mit dem Willen des Bürokratismus. Um diese Schäden zu beseitigen, verlangen wir die Verantwortlichkeit des Beamten, dem Monarchen und Minister bis zum Nachrückung. Unverantwortlichkeit gehört nur den Ungerechtigkeiten, den Diktatoren und Tyrannen. Das Volk ist mündig! Es muß hoher Selbstbestimmung und Selbstverwaltung von ihm gefordert werden. Nur noch die rückständige Behörde haben ihre Konstitution, eingeschloffen die, welche eine Konstitution besitzen. So kommt für uns hinzu noch die Wahlrechtsfrage. Sie ist die Frage der Politik. Es ist nicht eine Schande, daß das intelligente preussische Volk sein Wahlrecht besitzt. Was als Wahlreform geteilt herausgenommen ist, das ist ein fünfzigjähriges Nachbewußtsein des Volkes. (Beifall.) Alle Schandlichkeiten des von einem ganz infamen verübten Jünger (Wismarck) als elend und widerwärtig bezeichneten bisherigen Wahlrechts werden beseitigt. Es bedeutet diese Vorlage also eine unerhörte Verschlechterung der Verfassung. Sie ist der Ausbruch des Junkertums. Durch sie wird die politische Gesundheit, die moralische Verarmung des Volkes gestiftet. Man will mit diesem Wahlrecht das Volk verarmen. Man will die Gewaltpolitik inaktivieren! Dagegen gibt es nur die Antwort, dagegen gibt es nur die erlaubte Gewalt. Und dahin wird es kommen, das muß ausgeprochen werden! (Brausender Beifall.)

Wenn wir fragen, wie solche Entscheidungen, wie die Janschauer-Rede, möglich sind, dann müssen wir aber auch die Freiheit des Bürgerrechts beleuchten. Der Konteratismus ist eine gewaltige Macht, er durchdringt heute die weiteren Kreise des Bürgerrechts. Auf Liberale ist nicht der geringste Haß. Hand in Hand gehen mit der Liberalismus mit dem Konteratismus und Hand in Hand mit ihm wird er gehalten werden, wie am 26. November. (Zurück rücht.) Anker ist die Kraft, für uns steht auch die Verarmtheit der Gegner, die durch mangelnde Steuerleistungen, Rechtsstreitigkeiten und Anwendung brutaler Gewalt das Volk ausgepeinigt. Das werden die Wähler 1911 sehen. (Zurück rücht.) Bei der Strafe des Untergrundes sind wir zum Festhalten an der gegenwärtigen Auffassung der sozialdemokratischen Partei, ihrem Programm verpflichtet. Mit aller Energie lehnen wir uns gegen alle Uebergriffe und Freiheiten, gegen jeden Raub am Volkrecht auf. Es gilt heute den Appell an die Volkstreue. Wenn nur der Ruf an Sie, Genossen und Genossinnen, ergeht, dann heißt es: Macht gegen Macht, Auge um Auge, Zahn um Zahn. Die Stunde ist ernst, seien wir ihrer wert! (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Zur Wahlrechtsfrage führt Genosse Paul Hennig aus: Wenn Genosse Kuntz mit seinen prächtigen Ausführungen etwas bewiesen hat, dann ist es der Ernst der Situation. Heute gilt es, die erste Ueberlieferung über die Prozeduren der Regierung zu halten. Es gilt zu fragen, ob das Volk bereit ist, sein Wissen an die Erregung des höchsten Willens zu setzen. Es ist gesagt worden, daß auch der Gehalt einmal seine Kräfte durchdringt. Wenn das wahr ist, dann muß jetzt die Empörung des Volkes mit Hiesigen Namen empfangen werden.

Nun aber fragen wir, ist es möglich, über die Vorlage der Regierung überhaupt zu diskutieren? Nein, das verbietet uns unsere Würde! Wir müssen aber die ganze Schmach des Entwurfes dem Volke entziehen. Die Regierung beabsichtigt einen Ueberlebensvertrag. Jetzt gilt es zu zeigen, was wir vermögen, und ob wir kämpfer sind.

Die ganze Reform beruht auf acht preussischer Taktik, auf Schwindeln. Wie bei der Reichsfinanzreform und den vorigen Reichstagswahlen, soll auch jetzt das Volk gemein beschwindelt werden. Die herrschenden Klassen können nur nach von Schwindeln und Betrug leben. Das bricht sich auch in der Wahlrechtsvorlage aus. Sie soll eine Fortentwicklung des jetzt bestehenden Systems sein. Sie ist es auch, aber auch nach unten.

Wollen wir die Vorlage an unseren Forderungen. Was steht von der Allgemeinheit drin? Von 20-24 Jahren sind die Männer reichlos, die Frauen sind es überhaupt. Das gleiche Volkrecht fordern wir als Wichtigkeit. Die Vorlage ist eine Verschmäherung dieser Forderung. Das ganze Recht ist an den Verarmung geknüpft. Wir fordern, daß das Recht an die Verarmung geknüpft werde. Auch den reichen Gaultzern soll das Wahlrecht geknüpft bleiben, obwohl die Frage seiner Entzweiung wohl zu diskutieren wäre, wenn wir mit den Waffen der Junker kämpfen wollten. Die bisherige Drittelung der Unwahlfreiheit, die zu ungewöhnlichen Zuständen geführt hat, soll vollständig verschleiert werden. Die Verschleierung ist aber lo, daß eine Verschärfung der Klassengebühren dadurch ergibt wird. Die Geschichte lehrt uns, daß die zweite Abteilung wird nun nicht etwa demokratisiert, sondern sie soll durch sämtliche Beamte, durch die Militärdienstleistungen verändert werden. Die Unteroffiziere, die zwölf Jahre hindurch die Mannschaften gesunden und gefesselt haben, sind damit an geborenen Geknechteten in Preußen erklärt worden. (Zurück rücht.) Hinzu kommen alle Leute, die ein Ehrenamt im kommunalen Leben belegen. Und dann endlich kommt die rein proletarische dritte Abteilung. Das alles ist eine furchtbare Verschärfung des Klassenkampfes. Diese Fortentwicklung des Wahlrechts ist eine verabschiedete Illustration des Ernter Programms der Sozialdemokratie. Sie gegenüber gibt es nur ein Wort zu sagen: Es ist die herbeilmittelnde Seite des jetzigen Wahlrechts. Es ist richtig, daß wir die Wahlrechtsfrage mit der Regierung angehen. Sie will die direkte Wahl einführen. Aber auch da hat sie ein ganz erdäuliches und widerwärtiges System erfinden. Die Hunderteilung der Stimmkraft

